

Bundesministerium für Finanzen
Hintere Zollamtsstraße 2 b
1030 Wien

| | | | | |
|---------------------------------|-----------------------------|-------------|----------|------------|
| Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom | Unser Zeichen, BearbeiterIn | Klappe (DW) | Fax (DW) | Datum |
| BMF-200315/0019-III/1/2012 | TÜ/as/48032 | 39204 | 100265 | 04.03.2013 |

Entwurf eines Bundesgesetzes über einen bilateralen Kreditvertrag zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Österreichischen Nationalbank

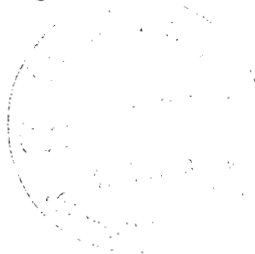
Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben angeführten Gesetzesentwurfes, mit dem die Österreichische Nationalbank (OenB) ermächtigt werden soll, im Rahmen eines bilateralen Vertrages, dem internationalen Währungsfonds (IWF) eine zeitlich begrenzte Kreditlinie im Umfang von maximal 6,13 Mrd. Euro bereitzustellen.

Dagegen erhebt der Österreichische Gewerkschaftsbund keinen Einwand.

Allerdings erwartet der Österreichische Gewerkschaftsbund vom Finanzministerium, dass es hinsichtlich der Interessensvertretung im IWF nachhaltig auf die Einhaltung der ILO-Core-Labour-Standards einwirkt.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Dr. Sabine Oberhauser
Vizepräsidentin




Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär